Entwurf

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 17

Landesbeauftragter für den Datenschutz

Vorwort zum Einzelplan 17

A. Gliederung

Der Einzelplan 17 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD):

1. Landeshaushalt		
Kapitel		Seite
1701	Landesbeauftragter für den Datenschutz – budgetiert	8

Rücklagen: keine

2. Sondervermögen: keine

3. Übersicht über Beschäftigungsvolumen, Budget und Stellen (BBS)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen

1. Landeshaushalt
keine

2. Sondervermögen
keine

C. Hochbaumaßnahmen

keine

D. Politisch bedeutsame Vorhaben

keine

E. Nachhaltigkeit

Der LfD ist im Rahmen der ihm nach der Nds. Verfassung zugewiesenen Aufgaben, seiner Sonderstellung im Gefüge der obersten Landesbehörden und der daraus resultierenden Unabhängigkeit nicht an die Niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie gebunden.

Epl. 17

Übersicht über die Einnahmen, Ausga

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamtein- nahmen	4 Personal- ausgaben	5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausga- ben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2 Einnahmen aus Zuwei- sungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitio- nen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Tsd. EUR			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1701	Landesbeauftragter für den Daten- schutz - budgetiert	—	316	94	—	410	5.400	885	
	Summe 2026	—	316	94	—	410	5.400	885	
	Summe 2025	—	281	94	—	375	5.011	767	
	2026 mehr(+)/weniger(-)	—	+35	—	—	+35	+389	+118	

ben und Verpflichtungsermächtigungen

Ausgaben					2026 Überschuss (+) Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2025 Überschuss (+) Zuschuss (-)	2026 Verbesserung(+) Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuwei- sungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finan- zierungsausgaben	Gesamtausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	25	26	6.336	-5.926	-5.486	-440	—
—	—	25	26	6.336	-5.926	-5.486	-440	—
—	—	57	26	5.861	—			140
—	—	-32	—	+475				-140

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 1701

Für das budgetierte Kapitel 1701 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 428 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 428 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10.
3. Mehreinnahmen bei 111 10 und 119 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 428 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10, 547 10 und 812 10.
4. Mindereinnahmen bei 111 10 und 119 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 428 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 538 10 und 547 10.
5. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
6. Ausgabereste dürfen in Höhe von zwei Dritteln, bei Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen in voller Höhe der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden.

Einzelplan 17 Landesbeauftragter für den Datenschutz
Kapitel 1701 Landesbeauftragter für den Datenschutz - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 10-1	011	Gebühren, sonstige Entgelte		130	130	—	187
112 10-8	011	Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)		185	150	+35	611
119 10-2	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		1	1	—	0
231 61-1	011	Sonstige Zuweisungen vom Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		94	94	—	—
A U S G A B E N							
422 10-7	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter - bei der Veranschlagung: Personalkostenbudgets *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	5.161	4.827	+334	2.808
428 10-5	011	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	—	—	—	—	1.314
441 10-1	011	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	157	102	+55	132
459 10-8	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—	—	—
511 10-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	173	173	—	84
514 10-9	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	16	16	—	7
517 10-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	126	126	—	105
518 10-4	011	Mieten und Pachten	— 140	320	320	—	290
529 10-6	011	Verfüungsmittel	—	1	1	—	1
538 10-5	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	154	36	+118	38
546 09-4	011	Umsatzsteuer	—	—	—	—	—
546 30-2	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	83	83	—	90
812 10-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	25	57	-32	18
981 10-6	891	Abführung an 0301 - 381 01	—	26	26	—	26

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 1701Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil)Rechts- und Organisationsgrundlagen

Gemäß Art. 51 Abs. 1 der DSGVO muss jeder EU-Mitgliedstaat vorsehen, dass eine oder mehrere unabhängige Behörden dafür zuständig sind, die Anwendung der DSGVO zu überwachen. Das Mitglied oder die Mitglieder der Aufsichtsbehörde unterliegen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weder direkter oder indirekter Beeinflussung von außen noch nehmen sie Weisungen entgegen (Art. 52 Abs. 2 DSGVO).

Die genauen Aufgaben des LfD sind in Art. 57 Abs. 1 DSGVO sowie in § 57 Abs. 2 NDSG geregelt. Um der Unabhängigkeit des oder der LfD Rechnung zu tragen, ist er gemäß Art. 52 Abs. 4 DSGVO mit ausreichenden technischen, personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten.

Zielsetzungen

Aufgrund der Regularien der DSGVO muss der LfD die Anwendung dieser Verordnung überwachen und durchsetzen. Dazu gehört insbesondere, die Harmonisierung des europäischen Datenschutzrechtes in Auslegung und Vollzug zu unterstützen und zu fördern. Bei Datenverarbeitungen, die nicht nur einen Mitgliedstaat der EU betreffen, ist daher eine enge Zusammenarbeit aller betroffenen Aufsichtsbehörden erforderlich. Die Vernetzungs- und Kooperationsmechanismen für die Aufsichtsbehörden verfolgen das Ziel einer kohärenten und konsequenten Durchsetzung der Vorschrift. In diesem Zusammenhang stellt die aktive Mitarbeit des LfD bei der Auslegung der Normen auf nationaler und europäischer Ebene im Sinne einer einheitlichen Rechtsanwendung und der Erstellung entsprechender Anwendungshilfen einen wichtigen strategischen Schwerpunkt dar.

Die DSGVO sichert das Recht des Einzelnen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen Informationen über die persönlichen Lebensumstände offenbart und zu welchen Zwecken diese personenbezogenen Daten genutzt werden dürfen.

Auftrag des LfD ist es, die Einhaltung dieses Rechts zu kontrollieren, Verstöße zu sanktionieren sowie eine breite Öffentlichkeit für die Belange des Datenschutzes zu sensibilisieren. Um den verschiedenen Anforderungen der DSGVO Rechnung zu tragen, versteht der LfD effektive Aufsicht und praxisorientierte Aufklärung als gleichwertige Aufgaben. Das heißt, Verantwortliche sollen nicht nur kontrolliert und ggf. Abhilfemaßnahmen veranlasst werden, sondern so beraten und ertüchtigt werden, dass Datenschutzverstöße von vorne herein unterbleiben. Gerade von der Beratung und Unterstützung niedersächsischer Akteure mit Multiplikatoren-wirkung kann die niedersächsische Wirtschaft und insbesondere kleine- und mittlere Unternehmen vielfältig profitieren. Oftmals kann der LfD durch derartige Prävention aufsichtsbehördliche Maßnahmen bereits im Vorfeld vermeiden.

Der LfD setzt sich dafür ein, dass Datenschutz von der Politik, der Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft als hohes Gut wahrgenommen wird und das Bewusstsein hierüber als wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung anerkannt wird. Vor diesem Hintergrund hat es sich der LfD zum Ziel gesetzt, verstärkt auch in den politischen Raum zu wirken, seine Tätigkeit und Positionen sichtbar zu machen und in den politischen Willensbildungsprozess einzubringen.

Seit Anwendung der DSGVO ist es auch Aufgabe des LfD, europäisches Recht auf nationaler Ebene umzusetzen. Einhergehend damit kommt der Aufgabe der Rechtsgestaltung eine wesentliche Bedeutung zu. Die DSGVO enthält eine Vielzahl von unbestimmten Rechtsbegriffen. Die Aufsichtsbehörden stehen vor der anspruchsvollen Aufgabe, diese Begriffe auszulegen und anzuwenden. Der LfD Niedersachsen trägt diesem Umstand durch seine Vollzugspraxis sowie die Abstimmung mit anderen Aufsichtsbehörden Rechnung.

Mit dem Inkrafttreten der Europäischen Verordnung zur Künstlichen Intelligenz (KI-VO) Mitte 2024 und der Anwendbarkeit erster Kapitel seit Februar 2025 kommt dem LfD neben umfassenden Beratungsanliegen zu KI-basierten Digitalisierungsvorhaben weiterer erheblicher Mehraufwand zu. Viele der im Internet angebotenen oder in Firmen und Verwaltungen eingeführten KI-Anwendungen verarbeiten für das Training und/oder die Nutzung der KI personenbezogene Daten. Es entsteht dadurch ein erheblicher Beratungs- und Vollzugsaufwand, der sich auch in zahlreichen beim LfD eingehenden Beschwerden Betroffener darstellt. Zudem steht zu erwarten, dass mit Erlass eines deutschen Umsetzungsgesetzes zur europäischen KI-VO den Datenschutzbehörden die Marktüberwachung für weite Teile des Katalogs von Hochrisiko-KI-Systemen übertragen wird. Die Begleitung der Innovationssprünge auf dem Feld der KI aus Sicht des Datenschutzes ist eine wichtige Zielsetzung, da sie das Fundament für breite Anwendungsfelder für KI-Technik in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung bildet.

Erweitert wird die Aufsichtszuständigkeit des LfD weiterhin durch das Inkrafttreten des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (Gesetz über politische Werbung – PWG) sowie die Entscheidung des EuGH zur Anwendbarkeit der DSGVO auf die originäre Arbeit der Parlamente, in diesem Fall des Niedersächsischen Landtages. Eine weitere rechtliche Zuständigkeit ergibt sich für den LfD aus dem 2024 inkraftgetretenen Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG), das den Datenschutzbehörden die Aufgabe der Prüfung und Freigabe von Anträgen zur Forschung mit hochsensiblen Gesundheitsdaten zuweist.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO Budgetierungsmodell

Zu den Aufgaben des LfD gehört neben der datenschutzrechtlichen Aufsicht und Kontrolle die vorsorgende Aufklärung, Information und Sensibilisierung von Verwaltungen, Wirtschaftsunternehmen und Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern in allen Fragen von Datenschutz und Datensicherheit.

Darüber hinaus begleitet der LfD Rechtsetzungsvorhaben des Landes- und Bundesrechts und unterrichtet den Landtag und die Öffentlichkeit über wesentliche Entwicklungen des Datenschutzes. Ein wesentliches Handlungsfeld ist darüber hinaus die Beratung und Kontrolle der Digitalisierungsvorhaben in Wirtschaft und Verwaltung. Insbesondere die politisch hoch priorisierte Verwaltungsdigitalisierung erweist sich dabei als beratungsintensiv. Der aktuelle Durchbruch der Anwendungssysteme von Künstlicher Intelligenz wird auch diese Aufwände rasant weiter erhöhen.

Bei der Erstellung der Produkte (siehe produktbezogene Erläuterungen) können Arbeitsergebnisse sehr unterschiedlicher Art und Ausführung erzielt werden. So erfordern beispielsweise „anlasslose Prüfungen“ je nach fachlicher Zielsetzung sehr unterschiedliche bearbeitungs- tiefen und Bearbeitungsaufwände bei der Bewertung datenschutzrechtlicher sowie technisch-organisatorischer Fragestellungen. Insofern werden von Produkten dieser Art jeweils nur Einzelstücke erstellt, so dass als Leistungsmenge die Zahl der Produkte nicht sinnvoll zugrunde gelegt werden kann. Um jedoch eine vergleichbare Aussage bei den Mengen zu erreichen, werden bei der Leistungsmenge die tatsächlich erbrachten Arbeitsstunden für das jeweilige Produkt zu Grunde gelegt.

Anders verhält es sich im Datenschutzinstitut Niedersachsen. Hier bildet die Anzahl der Schulungstage die jeweilige Leistungsmenge. Die folgenden Ziele bilden die Grundlage der Aufgabenerfüllung und gelten als Qualitätsmaßstab der unten aufgeführten Produkte:

Wirkungsziele:

- Kontrolle, Aufsicht und Ahndung von Datenschutzverstößen im Rahmen der Sanktionsmöglichkeiten.
- Datenschutzrechtliche Bewertung von Rechtsetzungsvorhaben.
- Datenschutzrechtliche Beratung und Bewertung von Projekten zur Automatisierung, Digitalisierung und zum Einsatz von künstlicher Intelligenz.
- Einheitliche Anwendung europäischen Rechts in Kooperation mit den anderen Aufsichtsbehörden der EU-Mitgliedstaaten.
- Begleitung der technologischen Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien aus Datenschutzsicht und Aufklärung der Nutzerinnen und Nutzer sowie der Bürgerinnen und Bürger über Gefahrenpotentiale und Sicherheitsvorkehrungen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1701

- Aufklärung für die Belange des Datenschutzes durch proaktive, zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Information der Öffentlichkeit zu Risiken, Rechten und Schutzmechanismen im Umgang mit personenbezogenen Daten. Dies geschieht insbesondere durch die Fortentwicklung des Internetangebotes und der Verwendung neuer Formate wie Podcasts oder Tutorials.
- Unterstützung und Ertüchtigung der behördlichen DSB der Landesverwaltung durch Fortführung des Schulungsangebotes im Datenschutzinstitut.
- Praxisbezogene Erstellung von Checklisten, Orientierungshilfen und Handlungsanleitungen etc. in rechtlichen und technisch-organisatorischen Fragen des Datenschutzes sowie die Veröffentlichung der Unterlagen im Internetangebot des LfD.
- Ausbau und Pflege von Netzwerken und Kooperationen.
- Regelmäßiger Austausch über aktuelle Problemstellung in geeignetem Rahmen (Verbände, Kammern etc.)
- Erstellung und Veröffentlichung von Expertisen zu aktuellen datenschutzrechtlichen Problemstellungen.
- Vertretung der Arbeitsergebnisse und Konzepte gegenüber den Ausschüssen des Landtages sowie gegenüber den Medien und der Öffentlichkeit.
- Entwicklung und Durchführung von datenschutzrechtlichen Fortbildungsmaßnahmen sowie von Vorträgen.
- Intensivierung der Unterstützung für die Arbeit des Datenschutzbeauftragten, insbesondere durch die Vitalisierung der bereits vorhandenen digitalen und analogen Netzwerke.
- IT Labor: technische Prüfung und Forensik in Prüfverfahren

Ökonomische Ziele:

- Weitere Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch Kostensenkungen und Einnahmeerhöhung.
- Erhöhung der Effizienz der Aufgabenwahrnehmung durch Standardisierung und Verschlankeung der Leistungsprozesse und der Reduktion von Schnittstellen.
- Gleichmäßige Auslastung der vorhandenen Ressourcen.

Interne Ziele:

- Optimierung der Organisation entsprechend den Anforderungen und der Systematik der DSGVO.
- Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber durch gezielte Personalentwicklung und neue Arbeitsformen.
- Aufbau und Vertiefung von Branchenkenntnissen durch proaktive Beobachtung, um dem Datenschutz auch in neuen Geschäftsmodellen eine höhere Wirkung zu verschaffen.
- Festlegung mittel- und langfristiger Arbeitsziele und -schwerpunkte mit Jahresarbeitsplanungen.

Externe Ziele:

- Proaktive, zielgruppenorientierte und medienadäquate Öffentlichkeitsarbeit, um die Arbeit der Behörde transparent zu machen und deren Wahrnehmung zu verbessern. Aufklärung und Information einer möglichst breiten Öffentlichkeit über Risiken, Rechte und Schutzmechanismen im Umgang mit personenbezogenen Daten. Fortführung und zielgruppengerechte Weiterentwicklung des Schulungsangebotes im Datenschutzinstitut.
- Regelmäßiger Austausch über aktuelle Problemstellungen in geeignetem Rahmen (Verbände, Kammern etc.)
- Intensivierung der Unterstützung für die Arbeit des Datenschutzbeauftragten, insbesondere durch die Vitalisierung der bereits vorhandenen digitalen und analogen Netzwerke.

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-	Zielkosten	Gesamt-	Leistungs-	Zielkosten	Leistungs-	Ist-Kosten	Leistungs-	Kosten
	menge		zielkosten	menge		menge		menge	
	-Stück-	-EUR-	-EUR-	-Stück-	-EUR-	Stück	-EUR-	-Stück-	-EUR-
	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(IST)	(IST)	(Soll)	(Soll)
	2026	2026	2026	2025	2025	2024	2024	2024	2024
Datenschutz	63.298 Stunden	110,28 pro Stunde	6.980.457	65.566 Stunden	104,68 pro Stunde	58.766 Stunden	82,53 pro Stunde	61.718 Stunden	101,88 pro Stunde
Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen	30 Tage	13.241,77 pro Tag	397.253	30 Tage	12.006 pro Tag	14 Tage	10.254 pro Tag	30 Tage	10.059 pro Tag
Gesamtsumme			7.377.710						

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt
	-EUR- (Soll) 2025	-EUR- (Soll) 2025	-EUR- (Soll) 2025
Datenschutz im öffentl. Bereich	4.734.975	0	4.734.975
Datenschutz im nicht-öffentl. Bereich	2.245.482	276.000	1.969.481
Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen	387.253	40.000	357.253
Summe	7.377.710	316.000	7.061.710
Empfangene abgeordnete MA aus anderen Geschäftsbereichen	92.500	0	92.500
Sonstige Eigenerlöse			
Produktsumme	7.470.210	316.000	7.154.210
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	7.470.210	316.000	7.154.210

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1701

Überleitungsrechnung für 2026		Einnahmen (0-3)				Ausgaben (4-9)					HH-Abgl.	
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+ Verwaltungserträge	315		315									
+ Erträge aus Erstattungen												
+/- Bestandsveränderungen												
+ sonstige betriebliche Erträge	1		1									
= Erträge	316											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	5.067					5.161						-94
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	1.406											-1.406
- sonstige Personalaufwendungen	40											-40
= Personalaufwendungen	6.513											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	92						92					
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	54						54					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	504						504					
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	188						161					17
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	26						26					
- Abschreibungen												
= Sachaufwendungen	864											
= Aufwendungen	7.377											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	-7.061											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	7.061											
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen	0											
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	0											
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge												
- außerordentliche Aufwendungen												
+/- Haushaltsausgleich	1						1					
= außerordentliches Ergebnis	0											
= neutrales Ergebnis	0											
= Gesamtergebnis	7.061											
- Investitionen der Hauptgruppe 5	35						35					
- Investitionen der Hauptgruppe 8	25									25		
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets	7.121		316	0	0	5.161	873	0	0	25	0	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets	26			94		82	12				26	
= Kapitelsumme	7.147		316	94	0	5.243	885	0	0	25	26	

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 1701

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ansatz 2024	Ist 2024
60,42	59,17	56,17	51,78

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Angesichts der Vielfalt der wahrzunehmenden Aufgaben und der begrenzten Stellenausstattung der Behörde ist es erforderlich, einen Großteil der Kapazitäten durch Schwerpunktsetzung und Prioritätenbildung auf die Bereiche zu konzentrieren, die für die weitere Entwicklung aus Datenschutzsicht von besonderer Bedeutung sind. Im aktuellen Haushaltsjahr erfolgt die Festlegung der für das Folgejahr maßgebenden Projekte in einem Jahresarbeitsprogramm.

Produkte	Soll 2026	Soll 2025	Veränderungen zu 2025	Bemerkungen
<u>Produktgruppe: Datenschutz</u> (Prozentuale Verteilung der Personalressourcen)				
Rechtsetzungsverfahren	6 %	6 %	0 %	
Kontrolle	32 %	32 %	0 %	
Beratung, Bearbeitung von Einzelfällen	47 %	47 %	0 %	
Information für die Öffentlichkeit	15 %	15 %	0 %	
Projekte aus dem Jahresarbeitsprogramm	0 %	0 %	0 %	
<u>Produktgruppe: Schulungen im Datenschutzinstitut Niedersachsen</u> (Schulungstage)				
Entgeltpflichtige Veranstaltungen	23	23		
Entgeltfreie Veranstaltungen	3	3		
Externe Veranstaltungen	4	4		
Fremdnutzung	0	0		

Kennzahlen/Qualitätsziele/Leistungsmerkmale für die Arbeit des LfD

Unmittelbar auf die Inhalte der Arbeit bezogene Leistungsmerkmale/Qualitätsziele/Kennzahlen sind angesichts der besonderen Aufgabenstellung des LfD und des Umstandes, dass die Aufgabenerledigung überwiegend nicht in gleichartig strukturierter Form erfolgt (z.B. Durchführung einer Kontrolle), nur schwer zu finden.

Zu 112 10

Bis 2025 waren die Einnahmen auf dem Titel 112 01 veranschlagt.

Zu 231 61

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 61

Zu 422 10

Die Vorzimmerkraft des Landesbeauftragten/des Landesbeauftragten für den Datenschutz wird für die Dauer der Vorzimmerkraft über tariflich in Entgeltgruppe 6 TV-L eingruppiert. Die Vorzimmerkraft erhält eine außertarifliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Entgelten nach Entgeltgruppe 6 und Entgeltgruppe 8 TV-L (erfahrungsstufengleich). Für Vorzimmerkräfte, die aus nicht von ihnen zu vertretenden Gründen aus dem Vorzimmer ausscheiden, gilt Folgendes: Die außertariflichen Zulagen werden nach dem Ausscheiden aus dem Vorzimmerdienst abgeschmolzen. Nach sechsjähriger Vorzimmerkraft bleiben die außertariflichen Eingruppierungen nach Entgeltgruppe 6 TV-L auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorzimmerdienst erhalten.

Zu 441 10

Bis 2025 waren die Ausgaben auf dem Titel 441 01 veranschlagt.

Zu 514 10

Bestand von Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2025	Soll 2025	Für 2026 erforderlich
Leasing-PKW	1	1	1
Summe	1	1	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 518 10

Die Steigerung der Mietkosten beruht auf einer mietvertraglichen Anpassungsklausel.

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2026	277	15	—	292
2027	277	15	—	292
2028	277	15	—	292
2029	291	19	—	310
2030 ff.	855	76	—	931
Summe	1.977	140	—	2.117

Zu 812 10

	2026 Tsd. EUR
e-Akte Basisdienst	25

Zu 981 10

Abführung an 0301 – 381 01 für Serviceleistungen des MI für den Landesbeauftragten für Datenschutz

Einzelplan 17 Landesbeauftragter für den Datenschutz
Kapitel 1701 Landesbeauftragter für den Datenschutz - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Drittmittelgeförderte Projektvorhaben KI Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 231 61.</i>	(—)	(94)	(94)	(—)	(2)
428 61-0	011	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	—	82	82	—	—
527 61-8	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	4	4	—	—
538 61-0	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	2	2	—	—
547 61-9	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	6	6	—	2
Abschluss Kapitel 1701							
1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen				316	281	+35	
2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				94	94	—	
Summe der Einnahmen				410	375	+35	
4 Personalausgaben			—	5.400	5.011	+389	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst			140	885	767	+118	
6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen			—	25	57	-32	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	26	26	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			— 140	6.336	5.861	+475	
Zuschuss				5.926	5.486	+440	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind für ein Drittmittelprojekt zum Betrieb eines Reallabors KI für den Mittelstand, befristet bis 2027 und wird durch den Bund finanziert. Die nach den Richtlinien des Zuwendungsgeber geförderten Aufwendungen werden bei den Ausgabetiteln 428 61, 527 61, 538 61 und 547 61 verausgabt.

Einzelplan 17 Landesbeauftragter für den Datenschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025 1000 EUR	Ansatz 2026 1000 EUR	Ansatz 2025 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2024 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 17					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen		316	281	+35	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		94	94	—	
		Summe der Einnahmen		410	375	+35	
		4 Personalausgaben	—	5.400	5.011	+389	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst	140	885	767	+118	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	25	57	-32	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	26	26	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 140	6.336	5.861	+475	
		Zuschuss		5.926	5.486	+440	

Entwurf

**Übersicht über Beschäftigungsvolumen, Budget
und Stellen (BBS)**

für das

Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 17

Landesbeauftragter für den Datenschutz

Einzelplan 17 Landesbeauftragter für den Datenschutz
 Kapitel 1701 Landesbeauftragter für den Datenschutz

Beschäftigungsvolumen und Budget

BESCHÄFTIGUNGSVOLUMEN IN VOLLZEITEINHEITEN (VZE)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ist 2024
60,42	59,17	51,78

Haushaltsvermerke zum Beschäftigungsvolumen

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

Zugang		Abgang	
- neue VZE		- Einsparung	
- Zentrale Dienste	0,75	- Informationsfreiheit	2,00
- Aufsicht Datenschutz	0,75	- Verlagerung	0,00
- Sozialdatenschutz	0,75	- sonstige	0,00
- Verlagerung		Summe Abgang	2,00
- von Kapitel 0401	1,00		
- sonstige	0,00		
Summe Zugang	3,25		
Bleibt Zugang	1,25		

PERSONALKOSTENBUDGET IN TSD. EUR (nachrichtlich)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ist 2024
5.161	4.827	4.123

Einzelplan 17 Landesbeauftragter für den Datenschutz
 Kapitel 1701 Landesbeauftragter für den Datenschutz

Stellen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl			Stellenbezeichnung
	2026	2025	Ist 2025	
Planmäßige Richter/-innen und Beamtinnen und Beamte				
Feste Gehälter:				
B 7	1	1	1	Landesbeauftragte oder Landesbeauftragter für den Datenschutz
B 3 ⁷⁾	1	1	1	Leitende(r) Ministerialrätin/Ministerialrat
B 2	5	5	5	Ministerialrätin/Ministerialrat
Aufsteigende Gehälter:				
A 16	3	3	1	Ministerialrätin/Ministerialrat
A 15	6	5	5	Direktorin/Direktor
A 14 ¹⁾	11	11	6	Oberrätin/Oberrat
A 13	3	3	0	Rätin/Rat, 2. EA der LG 2
A 13	6	6	4	Oberamtsrätin/Oberamtsrat bzw. Rätin/Rat sofern nicht 2. EA der LG 2, Erste(r) Hauptkommissarin/Hauptkommissar
A 12	19	19	10	Amtsärztin/Amtsrat, Hauptkommissarin/Hauptkommissar
	<u>55</u>	<u>54</u>	<u>33</u>	Zusammen
Leerstellen:				
A 12 ²⁾	2	2	2	Amtsärztin/Amtsrat
	<u>2</u>	<u>2</u>	<u>2</u>	Zusammen

¹⁾ 1 Planstelle kann mit einer/einem Richter(in)/Richter der Bes.-Gr. R 1 besetzt werden.

²⁾ kw

⁷⁾ Bis zum Ausscheiden erhält der Stelleninhaber gem. § 65 Abs. 1 NBesG ruhegehaltstfähige Dienstbezüge nach der Bes.-Gr. B 5.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang	Stellen	Abgang	Stellen
Bes.-Gr. A 12 (Amtsärztin/Amtsrat) (für zentrale Dienste)	1	Bes.-Gr. A 12 (Amtsärztin/Amtsrat) (für Informationsfreiheit)	2
Bes.-Gr. A 12 (Amtsärztin/Amtsrat) (für Aufsicht Datenschutz)	1	Summe Abgang	<u>2</u>
Bes.-Gr. A 15 (Direktorin/Direktor) (für Sozialdatenschutz)	1		
Summe Zugang	<u>3</u>		
Bleibt Zugang	1		

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 (1 Planstelle kann wahlweise mit einem(r) Richter(in) der Bes.-Gr. R 1 besetzt werden) wurde sprachlich angepasst.

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 (2 (2) Planstellen dürfen erst nach Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes besetzt werden) wurde infolge der Einsparung der Stellen gestrichen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 (1 (1) Planstelle erhält bis zum Ausscheiden eine persönliche Zulage aus dem Unterschiedsbetrag zwischen B 3 und B 5) wurde an die geänderte Rechtslage angepasst.